

CH_VB 92.417 vom 11. Juni 1992

Bundesverwaltung, 1992-06-11, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_92.417

FR: CH_VB 92.417 du 11 juin 1992

IT: CH_VB 92.417 del 11 giugno 1992

Erwägungen

E. 11

juin 1992 der Systemwechsel erfolgt, der uns zu dieser Lösung veran- lasst. Das waren die Ueberlegungen, die wir mit unserer Vorstellung verbanden. Wir bitten Sie also um Zustimmung zu dieser par- lamentarischen Initiative in der Form einer allgemeinen Anre- gung, über die dann die Kommission im Zusammenhang mit der Finanzvorlage beraten kann. Sie haben dazu einen schriftlichen Bericht erhalten. Wenn ich trotzdem noch einige Worte dazu gesagt habe, war es, um die Akzente zu setzen und vor allem auch, um zu zeigen - ich wie- derhole mich -, dass es nicht darum geht, nun einfach einen Ausweg zu suchen, um den Bundesfinanzhaushalt zu sanie- ren und dabei die Lebensmittel zu belasten, sondern dass es uns einzig und allein darum geht, das B zum A zu sagen, d. h., den Direktzahlungen auch eine Möglichkeit zur Finanzierung beizugesellen. So könnten wir hier zu einem Ganzen kom- men, zu einem Ganzen, das insofern kohärent sein soll, weil der Markt zu einer Preissenkung führen soll. Mit den 1,5 Pro- zent könnte diese Preissenkung teilweise aufgefangen wer- den, um das zu finanzieren, was eben zu dieser Preissenkung geführt hat Ich bitte Sie also namens der Mehrheit der Kommission, dieser Initiative in der Form der allgemeinen Anregung zuzustimmen. Frau Weber Monika: Ich stelle Ihnen den Antrag, der parla- mentarischen Initiative der Kommission keine Folge zu geben. Der Entscheid der Kommission liegt zeitlich völlig quer und entspricht überhaupt nicht dem, was der Bürger und was der Konsument in der heutigen Zeit erwartet Ich erlaube mir, dazu drei Dinge zu bemerken: 1. Eine parlamentarische Initiative dieser Art hat überhaupt keine Eile. Es ist nämlich zu sagen, dass das Gesetz über die Direktzahlungen frühestens in etwa drei bis vier Jahren greifen wird. Das müssen wir sehen: Es braucht eine gewisse Anlauf- zeit Sollte es aber so sein, dass das Gesetz in einigen Fällen bereits vorher angewendet werden kann, so hat der Bundesrat im Budget bereits vorgesorgt Das muss man mit aller Deut- lichkeit feststellen. 2. Die Kommission schreibt in ihrem Bericht, dass «mit der Einführung von Direktzahlungen eine vermehrt marktwirt- schaftlich ausgerichtete Preispolitik verbunden ist und die Verbraucher dadurch von weniger hohen Preisen profitieren werden». Es ist auch vom Präsidenten der Kommission be- reits gesagt worden, dass man mit sinkenden Preisen zu rechnen habe. Bis heute haben wir von sinkenden Preisen überhaupt nichts gesehen. Wo, sagen Sie mir, bei welchen landwirtschaftlichen Produkten in den Läden gibt es sinkende Preise? Das gibt es nicht, bis jetzt Der Konsument konnte bis jetzt von nichts Der- artigem profitieren. Vorläufig ist alles immer noch sehr teuer. Bitte lassen Sie den Konsumenten zuerst einmal profitieren. Dann wird er auch bereit sein, seinen Beitrag an diese Art Di- rektzahlungen zu leisten. 3. Ich komme zum wichtigsten Punkt, nämlich zur Ueber- schussproduktion. Sie wissen, wir produzieren noch immer zuviel Milch und damit eben auch zuviel Emmentaler, zuviel Kartoffeln und Fleisch und Brotgetreide usw. Die Verwertung dieser Ueberschüsse kostet uns nicht nur Hunderte von Millio- nen Franken, sondern Milliarden. Bei der Milch haben wir es schon mit 1,3

Milliarden Franken zu tun. Ich bin der Meinung, dass der Bundesrat in erster Linie ein Programm für den Abbau dieser Ueberschussproduktion einleiten sollte. Ich habe heute eine entsprechende Motion eingereicht. Die zig Millionen Franken, die mit einem Abbau der Ueberschussproduktion jährlich frei würden, sollten den Bauern zugute kommen, das heisst, man kann in dieser Art einen Ausgleich schaffen, und den sollte man zuerst nützen. Die EG hat am 29. August eine gleichgelagerte Aktion in die Wege geleitet. Der Richtpreis für Getreide - so die EG - wird stufenweise gesenkt. Jene Bauern, die sich bereit erklären,

E. 15

Prozent weniger anzupflanzen, erhalten Direktzahlungen. Damit können drei Ziele gleichzeitig erreicht werden: Der Boden wird geschont - das ist der umweltpolitische Aspekt. Die 10 Millionen Landwirte in der EG bleiben durch Direktzahlungen etwa auf dem alten Einkommensniveau. Zudem wird der EG-Haushalt durch die über den Preis und Flächenstilllegungen erzwungenen Minderproduktionen entlastet. Für den Abbau der Ueberschussproduktion braucht es ein Programm mit Etappenzielen. Der Bundesrat sollte sich deshalb bemühen, eines zu erstellen. Ich habe ein gewisses Verständnis dafür, dass die Landwirte nicht einfach von sich aus abbauen. Man muss ihnen zeigen, wie das zu machen ist, bzw. man muss ihnen eine gewisse Garantie geben. Das kann nicht nur Geld sein, das muss ein Programm sein, damit sie wissen, womit sie es zu tun haben und wie sie abbauen können. Ich bin deshalb nicht einfach für alle Zeiten gegen einen Einzug der Mehrwertsteuer für die Finanzierung zum Beispiel der Direktzahlungen. Nur finde ich, die Vorlage ist übereilig angelegt. Die Reihenfolge ist absurd. Ich bin der Meinung, die Reihenfolge sollte anders sein. An erster Stelle muss eine echte Bemühung um den Abbau der Ueberschüsse stehen. Damit werden Mittel frei für die Direktzahlungen an die Bauern. Zweitens wird in einigen Jahren die Zeit der eventuell sinkenden Preise kommen, und weil sich dann der Konsument erinnert, dass die Steuergelder sinnvoll ausgegeben wurden, versteht er auch, dass er nun bereit sein muss, seinen finanziellen Beitrag zu leisten. Aber heute bereits wieder 450 Millionen Franken mehr vom Konsumenten zu verlangen, ist ein Ansinnen, das ich ganz klar ablehnen muss. Die Kommissionsmitglieder wissen auch, dass der Bundesrat gegen solche voreiligen Beschlüsse ist. Dass auch der Bauernverband dagegen ist, sollte man unterdessen auch gelesen haben. Auch die nationalrätliche Kommission ist ~ zum heutigen Zeitpunkt - gegen diese Art von Finanzierung. Ich bin der Meinung, wir sollten den Konsumenten zurzeit nicht mit einer neuen Nahrungsmittelsteuer belasten, sondern wir sollten zuerst schauen, wie die Ueberschüsse abgebaut werden können und diese Gelder als erstes verwerten. In diesem Sinne gebe ich dieser parlamentarischen Initiative keine Folge. Piller: Ich kann dieser parlamentarischen Initiative ebenfalls nicht zustimmen. Warum? Ich setze voraus: Ich bin für die Direktzahlungen. Sie waren schon Bestandteil der Kleinbauern-Initiative. Diese Linie unterstütze ich voll. Ich bin dafür, dass diese Direktzahlungen ausgerichtet werden. Warum jetzt diese Eile, die Nahrungsmittel der Warenumsatzsteuer zu unterstellen? Der Bundesrat lehnt diesen Vorschlag der ausserparlamentarischen Kommission zur Vorbereitung dieser Gesetzesänderung ganz klar ab. Sie können die Gründe auf Seite 21 der Botschaft zur Aenderung des Landwirtschaftsgesetzes nachlesen. Der Bundesrat schreibt dazu: «Die Bereitstellung der Mittel wird, insbesondere bei knappen Finanzen, zu einer Frage der Prioritäten unter den Bundesaufgaben und erfordert einen politischen Entscheid.» Es ist unsere Aufgabe, diese Prioritäten zu setzen und im Rahmen eines Gesamtplanes unsere Bundesfinanzen zu sanieren. Wir diskutieren heute eine neue Finanzordnung. Sie haben gehört, dass die Mehrwertsteuer wieder in die Diskussion gebracht wird. Ich sehe nicht ein,

warum die WAK jetzt à tout prix mit dieser Vorlage kommen will. Mag sein, dass man der Landwirtschaft eine gewisse Sicherheit präsentieren will. Aber es kann natürlich auch «Sand in die Augen streuen» sein. Ich bin überzeugt, dass gegen eine solche Gesetzesvorlage von Konsumentenorganisationen das Referendum lanciert wird und dass diese Vorlage sehr wahrscheinlich auch vor dem Volk scheitern würde. Was würde das heissen? Wäre das ein Nein zur Warenumsatzsteuer auf Nahrungsmitteln, oder wäre es auch ein Nein zur neuen Landwirtschaftspolitik? Ich würde es sehr, sehr bedauern, wenn wir in diesem Bereiche einen Scherbenhaufen vorprogrammieren würden. Eine weitere Bemerkung: Natürlich kann man sagen, die Nahrungsmittel würden letztlich billiger. Es gibt keinen Preisaufschlag, wir haben gewisse Korrekturen. Aber mir ist immer noch ein sehr eindrückliches Votum unseres Kollegen Schallberger in den Ohren, der uns gesagt hat, dass heute beispielsweise im Fleischsektor das Fleisch immer noch teurer wäre als im Ausland, selbst wenn die Bauern ihre Tiere dem Metzger gratis liefern würden. Da stimmt erstens etwas überhaupt nicht

11. Juni 1992 461 Parlamentarische Initiative. Direktzahlungen mehr, und zweitens ist der Anteil des Bauern an diesem Preis, auf den die Warenumsatzsteuer geschlagen würde, relativ klein, so klein, dass der Konsument eben bei der Warenumsatzsteuer doch zusätzlich zur Kasse gebeten würde. Es geht hier in erster Linie um die Familien und die Rentner, um die Leute mit kleinem Einkommen, die sehr stark unter den relativ hohen Nahrungsmittelpreisen leiden. Nicht alle leiden, überhaupt nicht, wir haben auch relativ hohe Löhne. Aber die Familie, die mehr konsumiert, und die Rentner, die heute mit dem knappen Einkommen relativ grosse Probleme haben, leiden natürlich besonders stark. Warum sollten nicht gerade sie auch einmal wenigstens ein kleines bisschen profitieren? Wenn wir schon die Warenumsatzsteuer heranziehen, warum machen wir nicht einfach einen sehr bescheidenen Satzaufschlag? Aber wenn schon die Warenumsatzsteuer, dann haben wir doch wenigstens den Satz an und belassen vorläufig die Freiliste. Wenn wir in der heutigen Situation diese Freiliste aufheben - das ist absolut klar -, würden wir in einer Volksabstimmung Schiffbruch erleiden. Ich kann mir in der heutigen Situation nicht vorstellen, dass erstens dieses Gesetz ohne Referendum durchgehen könnte und dass zweitens das Volk dies akzeptieren würde. Wir leisten der Landwirtschaft wohl einen Bärendienst, wenn wir diesen Weg einschlagen. Ich betone noch einmal: Ich setze mich voll für die Direktzahlungen ein. Das ist der Weg, der in der Kleinbauern-Initiative vorgezeichnet worden ist. Ich setze mich auch voll dafür ein, dass diese Finanzmittel über das reguläre Budget gesprochen werden. Aber ich kann diesen Weg - dass wir ausgerechnet diesen Bereich der Freiliste, der wirklich zugunsten unserer Familien war, aufheben wollen - nicht gehen. Das ist meines Erachtens nicht der gute Weg. Der Bundesrat hat uns klar gesagt, warum er auf diesen Weg verzichten will. Er hat auch das Versprechen abgegeben, dass er dafür sorgt, dass diese Mittel über das Bundesbudget zur Verfügung gestellt werden. Wir sollten meines Erachtens diesem Weg folgen. Ich bin überzeugt, dass es letztlich für die Landwirtschaft besser ist, wenn wir heute nein sagen. Uhlmann: Die Kommission hat mit dieser parlamentarischen Initiative sehr verantwortungsvoll gehandelt. Es geht doch um zwei Punkte: Einerseits sind wir für die Bundeskasse verantwortlich; andererseits haben wir Artikel 31 des Landwirtschaftsgesetzes anlässlich der letzten Session geändert, und zwar in dem Sinn, dass ein Teil der bäuerlichen Einkommen über Direktzahlungen ausgerichtet wird. Nun ist es nichts anderes als logisch, wenn die Kommission sagt: Dann müssen wir aber auch die Finanzen regeln - und darum geht es letztlich. Ich möchte die beiden Vorredner, Frau Weber Monika und Herrn Piller, eines

Tages daran erinnern: Wenn Sie heute sagen, man könne das auch anders lösen, man könne diese Direktzahlungen auch aus anderen Quellen schöpfen, stimmt das eben nicht, das ist ein Trugschluss! Und wenn Sie sagen, Herr Piller, dass man mit dieser Initiative den Bauern Sand in die Augen streue, so möchte ich diesen Vorwurf zurückweisen und sagen: Wenn jemand den Bauern Sand in die Augen streut, so sind es Sie mit Ihrem Votum. Man kann doch nicht versprechen, man würde die Einkommensausfälle durch Direktzahlungen ausgleichen, denn gleichzeitig müssen wir ein Sanierungsprogramm durchführen; das werden wir nächste Woche tun. Es wird zu linearen Kürzungen kommen. Auch die Landwirtschaft wird davon betroffen sein. Dann müssen wir doch den Mut haben und sagen: Das können wir den Konsumenten zumuten. Frau Weber Monika, Sie wissen ganz genau, dass durch die Taxe occulte die Nahrungsmittel heute schon mit etwa 1,9 Prozent belastet werden. Wir wollen an sich überhaupt nichts anderes, als diesen Punkt auffangen. Wenn Sie gleichzeitig behaupten, die Nahrungsmittel würden billiger und sie müssten billiger werden, wenn die Bauern weniger erhalten, kann man den Konsumenten, glaube ich, auch eine bescheidene Erhöhung von 1,5 Prozent zumuten. Das ist mit Sicherheit kein Problem. Mit Bezug auf den zeitlichen Ablauf möchte ich festhalten, dass es sich um eine allgemeine Anregung handelt. Die Auswirkungen können mit der neuen Finanzordnung koordiniert werden. Aber wir wollen, dass nun klar geregelt wird, dass die Finanzierung gesichert ist. Gemperli: Meines Erachtens spricht ein finanzpolitischer Aspekt ganz klar für diese parlamentarische Initiative. Wir stehen zum Vorschlag, Direktzahlungen zu leisten. Ich bin mit Herrn Piller völlig einverstanden, dass das der richtige Weg ist. Wir haben uns auch bei der Behandlung des 7. Landwirtschaftsberichtes in dieser Richtung ausgesprochen. Aber nachher kommt dann eben auch die praktische Durchführung. Und hier haben wir leider bei der Revision feststellen müssen, dass bezüglich der Finanzierung dieser Ausgaben überhaupt keine Aussagen gemacht werden. Es wird zwar darauf hingewiesen, dass allenfalls gewisse andere Subventionen abgebaut werden könnten. Aber es wird auch klar festgehalten, dass im Zusammenhang mit den Direktzahlungen zusätzliche Leistungen auf den Bund zukommen. Ich glaube, es ist nur richtig und finanzpolitisch die einzig seriöse Lösung, wenn man im Zusammenhang mit solchen neuen Aufgaben auch über die Finanzierung spricht. Man kann nicht die Ausgaben beschließen und die Finanzierung einfach irgend jemandem überlassen. Die Kommission hat sehr verantwortungsbewusst gehandelt, wenn sie dieser Frage nachgegangen ist und wenn sie letztlich den Vorschlag macht, der seinen Niederschlag in dieser Initiative findet. Wir werden auch zeitlich nicht schon in diesem Herbst eine solche Lösung haben. Wenn Sie den Weg der parlamentarischen Initiative gehen, von der allgemeinen Anregung bis zu einer entsprechenden gesetzgeberischen Vorlage, wird das auch noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Frau Weber hat gesagt, es sei im Budget für diese Direktzahlungen vorgesorgt: 150 Millionen Franken sind in der Finanzplanung eingeplant. Aber ich mache darauf aufmerksam, dass wir nach der Finanzplanung auch ein Defizit von 2 Milliarden Franken haben. Zahlungen sind zwar eingeplant, aber die Defizite des Bundeshaushaltes werden in den nächsten Jahren eben auch im Bereich von 2 Milliarden Franken liegen. Es kann mir doch niemand weismachen, dass bei einer solchen Situation nicht weitere Sparmassnahmen notwendig sein werden und dass man dann auch in diesem Bereich den roten Griffel ansetzt, wenn nicht für die Finanzierung gesorgt ist. Mit dieser parlamentarischen Initiative wollen wir der Landwirtschaft die Sicherheit geben, dass wir auch zu diesen Direktzahlungen stehen und dass das nicht nur ein Lippenbekenntnis ist. Wir können zwar sagen: Direktzahlungen: ja; und nachher beim Budget, wenn es um die

Finanzierungen geht: ja, aber; wir sind schon dafür, aber wir können sie nicht finanzieren bzw. wir müssen zurückstecken. Wenn man sagt, die Finanzierung müsse gesichert werden, ist der Weg über eine Besteuerung der Lebensmittel meines Erachtens der einzig vernünftige und gangbare Weg. Es geht nur über indirekte Steuern, das ist im Grunde genommen klar; denn die Belastung durch die direkten Steuern ist, wie wir wissen, in unserem Lande ohnehin schon zu hoch. Warum nicht eine allgemeine Satzerhöhung, hat Herr Piller gefragt. Man könnte das einführen, aber ich mache Sie darauf aufmerksam, dass wir bei der Warenumsatzsteuer bereits mit den derzeitigen Sätzen Wettbewerbsverzerrungen haben, dass wir eine *taxe occulte* haben, und wir machen mit einer Satzerhöhung diese ganze Sache immer noch schlimmer. Wir wollen ja mit den Direktzahlungen erreichen, dass die Preise sinken oder dass sie zumindest nicht mehr angehoben werden. Ich bin schon mit der Zielsetzung einverstanden, dass sie nicht mehr ansteigen werden. Aber dann können wir durchaus auch eine leichte Besteuerung von 1,5 Prozent auf diesen Nahrungsmitteln akzeptieren. Das ist eine Besteuerung, die massig ist und die nachher hilft, der Landwirtschaft bezüglich der Finanzierung Sicherheit zu geben. Es ist die Frage der Ueberschussproduktion aufgeworfen worden. Ich bin sicher, dass wir darüber sprechen müssen. Es ist klar, dass diese Frage im Zusammenhang mit der Landwirtschaftspolitik eines der Hauptthemen darstellen wird. Aber wenn wir Ueberschussproduktion abbauen - der Ueberschuss hat ja der Landwirtschaft ein Einkommen gebracht -

Initiative parlementaire. Paiements directs 462 E 11 juin 1992 geht das landwirtschaftliche Einkommen zurück. Auf der anderen Seite steigen die Preise nicht mehr. Die Landwirtschaft gerät von zwei Seiten her entsprechend unter Druck. Jedenfalls wird - da bin ich hundertprozentig überzeugt - der Vorteil aus dem Abbau der Ueberschussproduktion mit den Direktzahlungen eins zu eins aufgehen. Ich glaube einfach nicht, dass es möglich ist, Ueberschussproduktion abzubauen, den Gewinn, den man daraus erzielt, einfach in die Direktzahlungen zu investieren und dann zu glauben, das landwirtschaftliche Einkommen sei noch gesichert Diese Rechnung wird nicht aufgehen, sondern wir werden, insbesondere wenn wir auch die ökologischen Zielsetzungen beachten wollen, zweifellos zusätzliche Mittel benötigen. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, der Initiative zuzustimmen. Abstimmung - Vote Für den Antrag der Kommission (Folge geben) 23 Stimmen Für den Antrag Weber Monika (keine Folge geben) 3 Stimmen Schluss der Sitzung um 11.00 Uhr La séance est levée à 11 h 00

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Parlamentarische Initiative (Kommission für Wirtschaft und Abgaben) Finanzierung der Direktzahlungen Initiative parlementaire (Commission de l'économie et des redevances) Financement des paiements directs In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1992 Année Anno Band III Volume Volume Session Sommersession Session Session d'été Sessione Sessione estiva Rat Ständerat Conseil Conseil des Etats Consiglio Consiglio degli Stati Sitzung 07 Séance Seduta Geschäftsnummer 92.417 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 11.06.1992 - 08:00 Date Data Seite 457-462 Page Pagina Ref. No

E. 20

021 432 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de

l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.